

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Dezember 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bachmaier (SPD)	75	Lutz (SPD)	69, 70
Frau Blunck (SPD)	21, 24	Müller (Düsseldorf) (SPD)	73, 74
Collet (SPD)	60, 61	Neumann (Bramsche) (SPD)	29, 30
Dreßler (SPD)	71, 72	Dr. Nöbel (SPD)	17
Duve (SPD)	28	Frau Odendahl (SPD)	15, 27
Eigen (CDU/CSU)	6, 7	Reimann (SPD)	58, 59
Dr. Emmerlich (SPD)	39, 40	Rusche (DIE GRÜNEN)	4, 36
Dr. Enders (SPD)	76	Schmidt (München) (SPD)	8, 41
Fischer (Bad Hersfeld) (DIE GRÜNEN)	33, 34	Frau Simonis (SPD)	46, 47
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	49, 64	Dr. Soell (SPD)	65, 66
Gansel (SPD)	19, 45	Frau Steinhauer (SPD)	67, 68
von Hammerstein (CDU/CSU)	2	Stiegler (SPD)	5, 43
Hiller (Lübeck) (SPD)	20, 48	Stobbe (SPD)	22, 23
Dr. Hupka (CDU/CSU)	25, 26	Toetemeyer (SPD)	13, 14
Ibrügger (SPD)	54, 55	Vogelsang (SPD)	1, 16
Immer (Altenkirchen) (SPD)	77, 78	Vosen (SPD)	52, 53
Dr. Jobst (CDU/CSU)	35	Waltemathe (SPD)	18, 44
Jungmann (SPD)	62, 63	Frau Weyel (SPD)	3
Kastning (SPD)	11, 12	Dr. Wiczorek (SPD)	56, 57
Klein (Dieburg) (SPD)	42	Dr. de With (SPD)	37, 38
Dr. Klejdzinski (SPD)	50, 51	Würtz (SPD)	31, 32
Kuhlwein (SPD)	9, 10		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	14

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

1. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, nach der in der Grundlagenforschung öffentliche Mittel zunehmend durch Großprojekte gebunden würden, die manchmal eher außenpolitischen Rücksichten als forschungspolitischen Notwendigkeiten zu folgen scheinen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

2. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Prämienregelung für die Nichtvermarktung von Milch und Milcherzeugnissen und die Umstellung der Milchkuhbestände-Verordnung (EWG Nr. 1078/77) bei der Rückforderung der Prämie, insbesondere wegen Verstoß der Nichtkennzeichnung von zugekauften bzw. nachgezogenen Rindern, die älter als sechs Monate sind, die gesamte Prämie bzw. eine Teilprämie zurückgefordert wird, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um eine Gleichbehandlung der Landwirte sicherzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

3. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, die Studie Ketting/Praag „Schwangerschaftsabbruch – Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich“, Tübinger Reihe 5, Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) zu veröffentlichen und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen?
4. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Habe ich der schriftlichen Antwort auf meine mündliche Frage 51 (Drucksache 10/6593) der letzten Woche richtig entnommen, daß Sie nicht ausschließen können, daß an ausländischen Bürgern – vornehmlich aus Zentralafrika – bei Regeluntersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland ohne deren Wissen ein Test auf Antikörper des HIV vorgenommen wird, und wie kommt die Bundesregierung zu dieser Einschätzung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Ist der Bundesregierung die jüngste Studie bekannt, die „mehr Leukämie in der Nähe britischer WAA“ festgestellt hat (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1. Dezember 1986), und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Ergebnissen dieser Studie ziehen?
6. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Mengen haltbargemachtes Fleisch – konserviert und tiefgefroren – werden aus Polen importiert, und auf welche Weise ist dieses Fleisch auf eine mögliche Verstrahlung zum Schutz des Verbrauchers untersucht worden?
7. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Rosenkohl und anderes Gemüse aus Polen importiert, mit deutscher Etikettierung versehen wird, und auf welche Weise wurde auch dieses Gemüse auf eine mögliche Verstrahlung zum Schutze des Verbrauchers untersucht?
8. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der aufgetretenen Rheinvergiftungen die in § 13 Störfallverordnung vorgesehenen Sanktionen für ausreichend?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

9. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz anlässlich der 150. Plenarsitzung der Rektorenkonferenz am 3./4. November 1986 in Bonn, nach der die Ersatzinvestitionen, die Folgekosten und die Kosten für den laufenden Betrieb in den Hochschulen weit hinter dem Nötigen zurückblieben, und welche Möglichkeiten sieht der Bund, hier angesichts der ebenfalls vom Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz festgestellten finanziellen Überforderung der Länder stärker zu helfen?
10. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der Aussage des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz zu, nach der sich die Betreuungsrelationen, also das Verhältnis von wissenschaftlichem Personal zu Studenten, ständig verschlechtert und inzwischen wieder die Niedrigstwerte der Überfüllungskrise Anfang der 60er Jahre erreicht habe?

11. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Überlast, die nach dem „Öffnungsbeschluß“ der Regierungschefs von 1977 den Hochschulen vorübergehend zugemutet werden sollte, könnte auf Dauer festgeschrieben werden und zurückgehende Studentenzahlen würden möglicherweise nicht für die Verbesserung der Qualität in Forschung und Lehre genutzt, sondern zum Anlaß für großangelegte Einsparprogramme genommen werden?
12. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der angesichts der Tatsache, daß nach neuesten Untersuchungen z. Z. nur noch jeder sechste oder siebte Habilitierte die Chance der Berufung auf eine Professoren-Dauerstelle hat, die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses als nahezu katastrophal einschätzt und ruinösen Wettbewerb statt Qualitätsauswahl auf diesem Sektor feststellt?
13. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der unverkennbare Schäden für die Grundlagenforschung und die Nachwuchsbildung feststellt, weil immer mehr wichtige Forschungsdisziplinen und Institute aus den Hochschulen ausgegliedert würden?
14. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, nach der die Gemeinschaftsfinanzierung nach dem Hochschulbaufinanzierungsgesetz für Ersteinrichtungen und Großgeräte in ihrer gegenwärtigen Gestaltung nicht ausreiche, und die damit verbundene Forderung, daß sich der Bund in diesem Bereich stärker engagieren solle, um die Länder zugunsten der übrigen Folgekosten zu entlasten?
15. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, nach der der Bund für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach der Verfassung unstreitig eine originäre Zuständigkeit besitze, und ist der Bund bereit, gemäß der Forderung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung an der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen des Memorandums der Wissenschaftsorganisationen eingehend zu prüfen und entsprechende Vorstellungen zu unterbreiten?

16. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, nach der die starke Technologiefixierung das Gleichgewicht in der Entwicklung der verschiedenen Disziplinen und deren Dialog untereinander gefährde?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

17. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD)
- Welche Gründe haben die Amtsleitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veranlaßt, die Zahl der Mitarbeiter in der „Aktuellen Redaktion“ der Inlandsabteilung ohne Veränderung der Aufgaben in den letzten Wochen zu verdoppeln, obwohl dieses Referat seit vielen Jahren seine Aufgabe mit vier Mitarbeitern erledigt hat?
18. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Was hat das Bundeskanzleramt, nachdem im Oktober 1984 bekannt wurde, daß mit Südafrika schon ein Vertrag über die Lieferung von U-Booten oder von Unterlagen für den U-Bootbau „unter Vorbehalt“ von bundesdeutschen Unternehmen abgeschlossen war, veranlaßt, und waren zu diesem Zeitpunkt schon Lieferungen erfolgt?
19. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- In welcher Weise haben sich Bundeskanzler Kohl und andere Mitglieder der Bundesregierung mit der beabsichtigten Lieferung von Unterseebooten oder Unterlagen für den U-Bootbau befaßt, obwohl derartige Lieferungen nach internationalem und deutschem Recht unzulässig sind?
20. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler persönlich mit Mitgliedern der Regierung der Republik Südafrika über eine beabsichtigte Lieferung von U-Booten oder von Unterlagen über den U-Bootbau gesprochen?
21. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Aus welchen Gründen und mit welchem Ergebnis hat das Bundeskanzleramt im Sommer 1984 mit dem Ingenieur-Kontor Lübeck über die beabsichtigte Lieferung von U-Booten oder von Unterlagen für den U-Bootbau nach Südafrika gesprochen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

22. Abgeordneter
Stobbe
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen vom 3. Dezember 1986 zu, wonach der Frankfurter Flughafen als Umschlagplatz für amerikanische Waffenlieferungen an den Iran benutzt wurde?

23. Abgeordneter
Stobbe
(SPD)
- Wenn ja, war die Bundesregierung durch die Vereinigten Staaten von Amerika von diesem Vorgang unterrichtet, und wie bewertet sie ihn rechtlich und angesichts ihrer wiederholten Neutralitätsbekundungen gegenüber den kriegführenden Parteien Iran und Irak politisch?
24. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat der Bundesminister des Auswärtigen 1984 und 1985 mit dem Bundeskanzler über die beabsichtigte Lieferung von U-Booten oder von Unterlagen für den U-Bootbau gesprochen?
25. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Auf Grund welcher Unterlagen kann die Bundesregierung die Aussagen des Bundesministers des Auswärtigen bestätigen, daß die Sowjetunion 20 Millionen Menschen als Opfer während des Zweiten Weltkrieges zu beklagen hatte, und damit die Auskunft widerlegen, daß die Zahl von Stalin anders wiedergegeben worden ist?
26. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Einzelheiten sind der Bundesregierung über das politische, militärische und wirtschaftliche Engagement der DDR in Kambodscha bekannt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

27. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Absenkung der Eingangsbesoldung mindestens für befristete Dienstverhältnisse im Wissenschaftsbereich rückgängig zu machen, weil es sich de facto um eine endgültige Besoldungsabsenkung handle, die die Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen in vielen Fällen schwer beeinträchtigt?
28. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wann und in welcher Form wird die Bundesregierung der unwahrscheinlichen Behauptung im SPIEGEL Nr. 49 vom 1. Dezember 1986 entgegengetreten, daß der Bundesminister des Innern sich in den Tagen nach dem Mord an Georg von Braunmühl zu einem Jagdurlaub in Ungarn aufgehalten habe, damit das durch solche Behauptung erschütterte Vertrauen in die Führungsbereitschaft des für die innere Sicherheit verantwortlichen Ministers umgehend wiederhergestellt wird?
29. Abgeordneter
Neumann (Bramsche)
(SPD)
- Warum erhalten die geretteten „boat-people“ im südchinesischen Meer, wenn sie von deutschen Handelsschiffen gerettet werden, einen anderen Rechtsstatus als die Flüchtlinge, die von der CAP ANAMUR gerettet werden?

30. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Wie viele Flüchtlinge haben in diesem Jahr Vietnam als Bootsflüchtlinge verlassen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Flüchtlingssituation?
31. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Ist es möglich, daß Reserveoffiziere für den Mob-Fall beim Technischen Hilfswerk (THW) und in den Streitkräften doppelt eingeplant sind?
32. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Wenn ja, ist die Einsatzbereitschaft des THW damit nicht gefährdet?
33. Abgeordneter
Fischer
(Bad Hersfeld)
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach dem jetzigen Kenntnisstand der Bundesregierung zu, daß – wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 29. November 1986 („Wie die Tschechen bei uns leben“) berichtet – tschechoslowakische politische Flüchtlinge, die nach acht oder zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland deutsche Staatsangehörige werden wollen, von hiesigen Behörden gezwungen werden, in der tschechoslowakischen Botschaft ihre Verbrechen – z. B. Republikflucht – zu beichten, sich freizukaufen und Kontakte mit den Vertretern des Staates anzuknüpfen, aus dem sie geflohen sind, andernfalls wird ihnen die Einbürgerung verweigert, und daß sich die tschechoslowakische Botschaft in Bonn diese „Entlassung aus der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft“ oder eine „Regelung des rechtlichen Verhältnisses zur Tschechoslowakei“ pro Person mit 10 000 DM bis 15 000 DM von den Exulanten honorieren läßt?
34. Abgeordneter
Fischer
(Bad Hersfeld)
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach dem jetzigen Kenntnisstand der Bundesregierung zu, daß den etwa 8 v. H. tatsächlich politisch Verfolgten in der Tschechoslowakei die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert wird, wenn diese nicht den oben beschriebenen Kontakt mit der Botschaft der Tschechoslowakei in Bonn aufnehmen wollen?
35. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Anschläge auf Bundesbahnstrecken und die dadurch bedingten Gefährdungen zu verhindern und die bisherigen Anschläge aufzuklären?
36. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung den 8. Tätigkeitsbericht des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz vor allem im Zusammenhang mit der Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage 8 (Drucksache 10/6211) ein, ob die Bundesregierung ausschließen kann, daß Bundes- und Landesbehörden Daten über Homosexuelle im Zusammenhang mit ihrer sexuellen Orientierung gesondert gespeichert haben, und bleibt die Bundesregierung bei ihrer damaligen Aussage?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorhaben der Kultusministerkonferenz, im Vertrag 1987 zwischen der Verwertungsgesellschaft Wort und den Kultusministern der Bundesländer für die Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für die Vervielfältigung von Unterrichtsmaterialien die den Urhebern zustehende Vergütung um 8 v. H. zu kürzen mit Rücksicht auf das jüngst erstellte Urheberrechtsgesetz?
38. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den dadurch erfolgenden Einnahmefall für die betreffenden Urheber?
39. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wie viele staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wegen der Vergiftung des Rheins durch die Firmen Sandoz, Ciba-Geigy, BASF, Hoechst und Lonza-Werke GmbH werden zur Zeit geführt, und bei welchen Staatsanwaltschaften?
40. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wegen welcher Straftatbestände wird ermittelt, und laufen auch Ordnungswidrigkeitenverfahren nach § 13 Störfallverordnung und § 41 Wasserhaushaltsgesetz?
41. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Wird im Zusammenhang mit den aufgetretenen Rheinvergiftungen durch Chemieunternehmen auch wegen Delikten ermittelt, denen Handlungen im Ausland zugrunde liegen, deren Erfolg aber auch in der Bundesrepublik Deutschland eingetreten ist, und welche Schwierigkeiten sind bei der Ermittlung wegen solcher Delikte aufgetreten?
42. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD)
- Laufen im Zusammenhang mit der Rheinvergiftung durch Chemieunternehmen strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen derselben Tat bei verschiedenen Staatsanwaltschaften, und hält die Bundesregierung auf Grund der bisherigen Erfahrungen im Zusammenhang mit den jüngsten Rheinverschmutzungen eine Konzentration der Ermittlungszuständigkeiten für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

43. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was will die Bundesregierung zum Abbau des Beförderungs- und Verwendungsstaus im einfachen und im mittleren Zolldienst im Jahre 1987 unternehmen, und was ist insbesondere vorgesehen, um die besonders dramatisch schlechte Situation der Zollbeamten an der Grenze zur CSSR und zur DDR zu verbessern?

44. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Was hat der Bundesminister der Finanzen in seinem Zuständigkeitsbereich, nachdem der Vorgang vom Bundesminister für Wirtschaft an ihn abgegeben war, veranlaßt, um zu klären, ob bei der Lieferung von Unterlagen für den U-Bootbau an Südafrika Geheimnisse offenbart worden sind?
45. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Was haben Bundeskanzler Kohl und andere Mitglieder der Bundesregierung getan oder unterlassen, um nach der Lieferung den Sachverhalt unverzüglich und vollständig aufzuklären und den Schaden für die Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu begrenzen?
46. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Was haben Bundeskanzler Kohl oder andere Mitglieder der Bundesregierung getan oder unterlassen, um die Lieferung von Unterlagen für den U-Bootbau an die Republik Südafrika rechtzeitig zu verhindern?
47. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Unter welchen Umständen ist die rechtswidrige Lieferung von Unterlagen für den U-Bootbau durch Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland an die Republik Südafrika zustande gekommen und erfolgt?
48. Abgeordneter
Hiller (Lübeck)
(SPD)
- In welchen Fällen werden Erkenntnisse wegen des Verdachts der Verletzung des Außenwirtschaftsgesetzes vom Bundesministerium für Wirtschaft bzw. Bundesministerium der Finanzen an die Staatsanwaltschaft oder an die Oberfinanzdirektion gegeben?
49. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat der Bundesminister der Finanzen vor Abgabe seiner Kenntnis an die Oberfinanzdirektion Kiel wegen einer möglichen Verletzung des Außenwirtschaftsgesetzes bei Lieferung von Unterlagen für den U-Bootbau nach Südafrika sich mit dem Bundeskanzleramt in Verbindung gesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

50. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Studie von René Hermann vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien über „Rüstungskooperation, Technologietransfer und Exportkontrolle: Zur Problemlage der amerikanischen Verbündeten“ bekannt, und wenn ja, wie bewertet sie den Inhalt dieser Studie?

51. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie hoch ist der Prozentsatz neuer Produkte, die nach Auffassung der Bundesregierung und nach Auffassung der amerikanischen Regierung „dual-use“-Charakter haben, also sowohl für zivile als auch für militärische Produkte verwendbar sind?
52. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Wie viele Aufträge mit welchem Mittelvolumen hat die US-Regierung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative bisher vergeben?
53. Abgeordneter
Vosen
(SPD)
- Welche deutschen Firmen, Forschungseinrichtungen und andere Stellen haben Aufträge aus dem SDI-Programm der US-Regierung erhalten, und für welche Themen/Projekte wurden diese Aufträge erteilt?
54. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD)
- Wie hoch sind Auftragsvolumen und Laufzeit der Aufträge für deutsche Firmen, Forschungseinrichtungen und andere Stellen aus dem SDI-Programm der US-Regierung?
55. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD)
- Wie viele Wissenschaftler und Techniker arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland an Aufträgen aus dem SDI-Programm der US-Regierung?
56. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD)
- Welches ist der Stand der Arbeiten bei der Revision der COCOM-Liste, und welche zusätzlichen Produkte, Technologien und Verfahren sind seit April 1986 neu auf die COCOM-Liste genommen worden?
57. Abgeordneter
Dr. Wiczorek
(SPD)
- Wieweit sind die Ankündigungen der Bundesregierung gegenüber der US-Regierung gediehen, die Vorschriften zur Überwachung der COCOM-Restriktionen zu verschärfen bzw. wirkungsvoller zu machen?
58. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie hat die Bundesregierung ihre mit der Subventionierung der Alcan-Aluminiumhütte Ludwigshafen im Jahr 1983 verbundene Zusage, die Wettbewerbsverzerrung im Strompreisgefüge zu Lasten des Ludwigshafener Betriebes aufzuheben, erfüllt?
59. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung zur Abwendung der bevorstehenden Teilschließung der Alcan-Aluminiumhütte Ludwigshafen, die ausschließlich auf die nicht behobene Wettbewerbsverzerrung im Strompreisgefüge zurückzuführen ist, und wie gedenkt sie die Schließung weiterer Betriebe der Nichteisen-Metallverarbeitung und der chemischen Grundstoffproduktion zu verhindern?

60. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Spielhallenverordnung vom Dezember 1985 nicht ausreicht, um das Steigen der Zahl von „Spielsüchtigen“ zu stoppen und zurückzudrehen bzw. bereits vom Spielautomaten abhängige Mitbürger wieder davon abzubringen, und ist die Bundesregierung bereit, wirkungsvolle Initiativen zu ergreifen, um eine dem Zeitgeist entsprechende „Spielsucht“ – mit schlimmen Folgewirkungen für die Betroffenen und ihre Angehörigen – einzudämmen und sich nicht weiterentwickeln zu lassen?
61. Abgeordneter
Collet
(SPD)
- Ist die Bundesregierung darüber hinaus bereit, durch geeignete Initiativen dazu beizutragen, daß Spielhallenbesitzer und/oder -betreiber nicht mehr in der Lage sind, ordentliche Gastwirte und tüchtige Einzelhändler durch um vieles überhöhte Mietangebote aus Fußgängerzonen sowie von öffentlichen Plätzen und Gebäuden zu vertreiben?
62. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Bei welchen Stellen der Bundesregierung haben das Ingenieurkontor Lübeck und HDW bzw. in ihrem Auftrag Handelnde im Sommer 1984 sondiert, ob die Lieferung von U-Booten oder von Unterlagen für den U-Bootbau mit oder ohne Komponenten für den Bau von U-Booten für Südafrika Aussicht auf Genehmigung hat, und wie sind sie beschieden bzw. beraten worden?
63. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- In welchen Fällen und aus welchen Gründen werden Genehmigungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz für den Export von Konstruktionsunterlagen für Kriegswaffen oder Rüstungsgüter nachträglich durch das Bundesministerium für Wirtschaft erteilt?
64. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Verl)
(SPD)
- Was hat der Bundesminister für Wirtschaft in seiner Verantwortung für den Geheimschutz in Rüstungsunternehmen veranlaßt, nachdem er von der erfolgten Lieferung von Unterlagen für den U-Bootbau nach Südafrika erfahren hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

65. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von den zahlreichen Untersuchungen und Veröffentlichungen, die auf einen engen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, insbesondere Dauerarbeitslosigkeit auf der einen Seite und dem Anstieg von organischen, psychosomatischen und psychischen Erkrankungen sowie familiären und sozialen Problemen (z. B. sozialer Abstieg, soziale Isolation, Zunahme familiärer Konflikte, Alkoholmißbrauch, Kriminalisierungsgefährdung)

- auf der anderen Seite hinweisen, und wie beurteilt die Bundesregierung solche Untersuchungen und Veröffentlichungen?
66. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, an der Erarbeitung und Erprobung neuer Modelle zur Überwindung der Dauerarbeitslosigkeit mitzuwirken und alle Möglichkeiten zu nutzen und auch neue Wege einzuschlagen, um Unterstützungsleistungen und Hilfen an Arbeitslose in produktive Arbeitsmöglichkeiten umzuwandeln?
67. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung für den Fall der Weiterführung der jetzigen Koalition bereits fertige Pläne vorliegen bzw. erarbeitet werden, die das Ziel haben, die Zuständigkeit der Knappschaftsversicherung fachlich und persönlich nach der Bundestagswahl einzuschränken, und wie ist dies, abgesehen von der sozialpolitischen Bedeutung, mit den Zusagen des derzeitigen Ministers vereinbar, mit ihm werde die Bundesknappschaft nicht angetastet?
68. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung überhaupt die weiteren sozialen Kürzungen allgemein und hier speziell im Bereich der knappschaftlichen Versicherung?
69. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesministerin Frau Dr. Süßmuth, daß das geltende Ladenschlußgesetz geändert werden solle, wenn ja, welche Änderungen sind beabsichtigt?
70. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Erwägt die Bundesregierung trotz der Forderungen der Kirchen, Sonntagsarbeit zu verbieten, verkaufsoffene Sonntage zuzulassen?
71. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung mit meiner Auffassung überein, daß sich der Bestand und das Wirken der Ausländerbeauftragten beruhigend auf das Verhältnis der Ausländer zu den Deutschen auswirkt?
72. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich verbindlich auf den Fortbestand des Amtes des Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen festzulegen?
73. Abgeordneter
Müller (Düsseldorf)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Ausländerbeauftragte stärker in die Vorbereitung ausländerpolitischer Vorhaben einzubeziehen und sie an Kabinettsitzungen teilnehmen zu lassen, um damit ihre Arbeit besser als bisher zur Geltung zu bringen?

74. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, der Ausländerbeauftragten einen größeren Finanzrahmen zuzugestehen, so daß dieses Amt auch personell besser ausgestattet werden kann?
75. Abgeordneter
Bachmaier
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, der Ausländerbeauftragten eine Berichtspflicht gegenüber der Bundesregierung einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

76. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Kann die Bundesregierung die Gründe dafür angeben, daß manche Wehrpflichtige nach der Dienstzeit zu keiner Mobilmachungsübung mehr herangezogen werden, während andere mehrfach solchen Einberufungen nachkommen müssen, und ist sie gewillt, das System personell so flexibel zu gestalten, daß junge Leute nicht ausgerechnet kurz vor ihrem Staatsexamen oder während der Hauptarbeitszeit im Saisonbetrieb (z. B. in der Fruchteverarbeitung) zu einer Mobilmachungsübung einberufen werden?
77. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie zahlreich sind die mündlichen Verfahren, auf Grund derer der Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer abgelehnt wurde, und worauf stützt sich im wesentlichen die Ablehnung?
78. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die Apparate, wie sie nach Pressemeldungen in den USA zunehmend auch bei Personaleinstellungen im öffentlichen Dienst üblich geworden sind, um Gewissen und Moral zu prüfen, auch in Verfahren nach dem Kriegsdienstverweigerungsgesetz anzuwenden?

Bonn, den 5. Dezember 1986

